



Autor: Christian Glaus
Neue Zuger Zeitung
6304 Zug
tel. 041 725 44 55
www.zugerzeitung.ch

Auflage 18'818 Ex.
Reichweite 41'000 Leser
Erscheint 6 x woe
Fläche 23'189 mm²
Wert 1'100 CHF

SVP reicht Unterschriften ein

INTEGRATIONSGESETZ Das Referendum gegen den Kantonsratsbeschluss ist zu Stande gekommen. Nun kann wohl das Volk entscheiden.

Erst vor gut einem Monat hatte die **SVP** bekannt gegeben, dass sie das Referendum gegen das Integrationsgesetz ergreife. Die dafür benötigten 1500 Unterschriften hat sie nach eigenen Angaben bereits zusammen. «Wir übergeben insgesamt 1600 beglaubigte Unterschriften», erklärt der Baarer Kantonsrat und Kampagnenleiter **Beni Riedi**. «Wir hätten sogar noch mehr Unterschriften.» Die **SVP** wolle das Referendum jedoch schnell einreichen, und die Beglaubigung sei jeweils zeitaufwendig, führte der Politiker aus.

Integration nicht als Staatsaufgabe

Riedi ist mit der Unterschriftensammlung zufrieden. «Wir waren in allen Ortssektionen unterwegs und brauchten für das Zustandekommen des Referendums nur wenig Zeit.» Für Beni Riedi ist dies ein klares Zeichen, dass das Volk gegenüber dem neuen Gesetz Vorbehalte hat: «Die vielen Personen, die das Referendum unterschrieben haben, wollen die Integration nicht zur Staatsaufgabe machen und mit Steuergeldern finanzieren.»

Der Kantonsrat hatte das Integrationsgesetz im März mit 56 zu 19 Stimmen

verabschiedet. Integration habe eine hohe gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung, hiess es während der Debatte. Das Gesetz biete die Möglichkeit, den für **Zug** immer wichtiger werdenden Bereich zu regeln. Viele Alteingesessene seien nicht mehr nur glücklich über die Entwicklung und fürchteten sich vor Identitätsverlust, wurde argumentiert. Für die **SVP** ist aber klar: «Die Eigenverantwortung bei der Integration darf nicht durch Staatsbürokratie abgelöst werden.» Die Integrationsempfehlungen, welche mit dem neuen

Gesetz ausgesprochen werden können, würden die Bürokratie und Ausweitung der staatlichen Beratungs- und Betreuungsindustrie fördern, so die Partei. «Dies kostet viel Geld, und niemand kann garantieren, dass es in Zukunft weniger oder keine Parallelgesellschaften mehr geben wird», fügt **Beni Riedi** an.

Wann das Volk über das Integrationsgesetz abstimmen kann, ist noch nicht klar. Die Unterschriften werden nun von der Staatskanzlei auf ihre Gültigkeit geprüft.

CHRISTIAN GLAUS
christian.glaus@zugerzeitung.ch



Herbert Fischer von der Staatskanzlei nimmt die Unterschriften von Philip C. Brunner und **Beni Riedi** (von links) entgegen.

Bild Stefan Kaiser